Warken wirkt: Der Senatssaal im Bayerischen Landtag war voll besetzt. Die Besucher einte die Enttäuschung über das Berliner Spardiktat.

© Klaus D. Wolf/KVB

„Ein Rettungsring ist auf der Titanic äußerst hilfreich“

KVB und KZVB kritisieren Warkens Spargesetz

Beim gemeinsamen Sommerempfang im Bayerischen Landtag warnten die Kassenärztliche und die Kassenzahnärztliche Vereinigung Bayerns (KVB und KZVB) eindringlich vor den Folgen des GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetzes (BStabG). „Kein Geld, keine Versorgung“ – das ist das nüchterne Fazit, das die beiden Körperschaften angesichts der Berliner Gesundheitspolitik ziehen.

Dr. Christian Pfeiffer, Vorsitzender des Vorstands der KVB, kritisierte die angekündigte Begrenzung der extrabudgetären Leistungen (EGV), die Rücknahme von TSVG-Zuschlägen sowie der Fixkostendegression bei entbudgetierten MGV-Leistungen der Haus- und Kinderärzte. Die einzige Lösung könne unter den zukünftigen Rahmenbedingungen für die Praxen nur die Rationierung von Leistungen und der Ausbau von Privatleistungen beziehungsweise ein Patientenaufnahme-Stopp sein. „Der Politik fehlt es an einer klaren Zielrichtung für das Gesundheitswesen. Sie ignoriert komplett die wirtschaftliche Situation in den Praxen der Ärzte und Psychotherapeuten. Wenn sich die ambulante Versorgung in Bayern in den kommenden Jahren verschlechtert, dann liegt das ausschließlich an den Auswirkungen des GKV-Spargesetzes. Statt das Ambulantisierungspotenzial in den Praxen zu heben und die Prävention zu stärken, kürzt die Politik kurzsichtig mit der Methode Rasenmäher“, so Pfeiffer.

Dr. Marion Teichmann, stellvertretende Vorsitzende des Vorstands der KZVB, schloss sich Pfeiffers Kritik an: „Ärzte und Zahnärzte sitzen im gleichen Boot. Und das ist derzeit mehr eine Titanic als ein Traumschiff. Das geplante dreijährige Moratorium für Punktwert- und Budgeterhöhungen wird uns bis 2029 allein in Bayern 180 Millionen Euro kosten. Dieses Geld fehlt für die zahnmedizinische Versorgung der gesetzlich versicherten Patienten. Und diese Kürzungen sind ein grundfalsches Signal an die jungen Kolleginnen und Kollegen. In den kommenden fünf Jahren wird fast ein Viertel der Praxisinhaber in Bayern das Ruhestandsalter erreichen. Wir bräuchten also dringend niederlassungswilligen Nachwuchs. Doch der macht schon jetzt einen Riesenbogen um das Risiko eigene Praxis“, so Teichmann.

Wie weit sich die Berliner Politik von der Lebenswirklichkeit der Menschen entfernt habe, zeige auch der Vorschlag, kieferorthopädische Leistungen nur noch durch Fachzahnärzte erbringen zu lassen. Entfernungen von bis zu 60 Kilometern für das Nachstellen eine Zahnspange wären die Konsequenz.

Die bayerische Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) zeigte Verständnis für den Frust in Arzt- und Zahnarztpraxen. Sie zeigte sich aber auch optimistisch, dass man im Rahmen des parlamentarischen Verfahrens noch Verbesserungen am BStabG erreichen könne. So werde sich die CSU unter anderem dafür einsetzen, dass kieferorthopädische Leistungen weiterhin von allen Zahnärzten erbracht und abgerechnet werden dürfen.

KVB und KZVB honorierten Gerlachs Engagement mit einem passenden Geschenk: „Auf der Gesundheits-Titanic ist ein Rettungsring äußerst hilfreich“, meinte der KZVB-Vorsitzende Dr. Rüdiger Schott bei der Übergabe.

Leo Hofmeier

*Dr. Christian Pfeiffer (links) und Dr. Rüdiger Schott überreichten der bayerischen Gesundheitsministerin Judith Gerlach (CSU) einen Rettungsring. Denn der Zustand des deutschen Gesundheitswesens erinnere derzeit mehr an die Titanic als an das Traumschiff **(1)**. – Die stellvertretende KZVB-Vorsitzende Dr. Marion Teichmann warnte vor einem Praxissterben **(2)**. – VFB-Vizepräsidentin Dr. Andrea Albert im Gespräch mit Oberstarzt Christoph Hemme **(3)**. – Unter den Gästen beim Sommerempfang von KVB und KZVB war auch Dr. Doris Seiz, Vizepräsidentin der Bundeszahnärztekammer (Mitte) **(4)**.*